

Der Kampf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Sahrgang 8, Nr. 29

Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirksorganisation der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lawitzer Platz 13

Preis 15 Pfennig

Die Schlichtungspeitsche

Wien

52-Stundenwoche in der Kölner Metallindustrie.
 WTB, Köln, 16. Juli. Zur Belohnung des Streiks in der Kölner Metallindustrie wurde heute morgen in einer Sitzung der Tarifkommission zu dem am Sonntag gefallenen Schiedsspruch Stellung genommen und ihm nach eingehender Beratung der regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, am Sonnabend dürfen nicht mehr als sieben Stunden gearbeitet werden. An Tagen vor hohen Festtagen beträgt die Arbeitszeit 5 Stunden. Die Unternehmer können nach Absprache mit der Gewerkschaft eine Verlangung der Arbeitszeit bis zu 52 Stunden pro Woche anfordern. Darüber hinaus können die Überstunden mit Zustimmung der Betriebsvertretung vereinbart werden. Für diejenigen Arbeitnehmern, die im wesentlichen regelmäßige Arbeitszeiten haben, ist die Frage, ob Überstunden zu leisten sind, im Falle von Festtagen zu entscheiden. Die Überstunden werden zu 20 Prozent Zuschlag gezahlt. Akkorde bleiben unverändert. Der Tarif gilt bis 1. Februar 1928. Von da ab mit monatlicher Kündigungsrück.

Arbeiterschaft gegen die Ausbeuterklasse proklamiert, der Kapitaloffensive muß die revolutionäre Massenkraft des Proletariats entgegen gestellt werden. Nicht Jaud nach kapitalistischer Illusionen, sondern entschlossener Kampf um den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft ist heute die tägliche Aufgabe der Arbeiterklasse.
 Die notwendigen proletarischen Aktionen gegen die Kapitalistenklasse und ihre Schlichtungsdiplomatie sind aber nur möglich gegen den Willen der Amsterdamer Gewerkschaften, weil letztere infolge ihrer Verankerung in der Kapitaldemokratie als Hüter der kapitalistischen Gesetzlichkeit und ihrer Schieds-Einflussnahme fungieren müssen. Der Weg, der allein zur Befreiung der Arbeiterklasse führt, ist die Schaffung der revolutionären Klassenfront durch den Zusammenschluß der Proletarierorganisationen in den Betriebsorganisationen der Allgemeinen Arbeiter-Union.

Der Streik der Filmarbeiter

Und der Streikbruch der AÖGB-Gewerkschaften.
 Die verbrecherische Arbeitsgemeinschaftspolitik der freigelegten Gewerkschaft hat sich zu einer grotesken Entartung, über die man jachen könnte, wenn sich in diesem Falle nicht die Bonzen auf dem Rücken der Arbeiter ausbreiten. Der Verband der Film- und Kinoarbeiter, kurz die Filmgewerkschaft, fällt aber nicht alle Arbeiter dieser beiden Branchen, sondern nur die Film- und Kinoarbeiter in eine Lohnbewegung. Die Film- und Kinokapitalisten suchen sich die weniesterfordrigen Arbeiter zu organisieren. Unter den letzteren schließen sie einen Tarifvertrag. Die Mehrheit der Arbeiter, eben die in der Filmgewerkschaft organisierten, waren mit höherem Lohn und traten in den erwähnten von ihrer Gewerkschaft proklamierten Streik.

Jetzt beginnt die Tragödie. Die großen Gewerkschaften erklären den Streik als „wild“, obwohl die ganze Gewerkschaft der Film- und Kinokapitalisten streiken. Die Streikbrecher beraten sich auf dem Tarifvertrag und sehen die streikenden Arbeitsschleichen als „wilde“ Streiker an. Während die Film- und Kinokapitalisten ankommen, freudig die streikenden Arbeiter begrüßen, die Film- und Kinokapitalisten werden die streikenden Arbeiter als „wilde“ Streiker angesehen. Die Streikbrecher beraten sich auf dem Tarifvertrag und sehen die streikenden Arbeitsschleichen als „wilde“ Streiker an. Während die Film- und Kinokapitalisten ankommen, freudig die streikenden Arbeiter begrüßen, die Film- und Kinokapitalisten werden die streikenden Arbeiter als „wilde“ Streiker angesehen.

Hungerlöhne

„Aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen.“
 Der Reichsarbeitsminister hat es abgelehnt, „aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen“ den Lohnschiedsspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau für verbindlich zu erklären. Der Schiedsspruch sah eine Lohnerhöhung um 3 Prozent, um etwa 20 Pf. pro Schicht.
 Den mitteldeutschen Bergarbeitern werden also lämpige 30 Pf. „Lohnerhöhung“ pro Tag verweigert — wirklich, besser, der Schiedsspruch sah eine Lohnerhöhung um 3 Prozent, um etwa 20 Pf. pro Schicht. Den mitteldeutschen Bergarbeitern werden also lämpige 30 Pf. „Lohnerhöhung“ pro Tag verweigert — wirklich, besser, der Schiedsspruch sah eine Lohnerhöhung um 3 Prozent, um etwa 20 Pf. pro Schicht.

wird, und teils nur die Zahl der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder. Es sind arbeitslos in:
Australien: Nach den Angaben der über Arbeitslosigkeit berichtenden Gewerkschaften mit zirka 442.000 Mitgliedern waren im ersten Vierteljahr 1927 3,9 Prozent der Mitglieder arbeitslos gegen 5,7 Prozent im vierten Vierteljahr 1926 und 6,7 Prozent im ersten Vierteljahr 1926. In Neu-Seeland waren von zirka 45.000 Gewerkschaftsmitgliedern im ersten Vierteljahr 1927 9,4 Prozent, im vierten Vierteljahr 1926 6,7 Prozent und im ersten Vierteljahr 1926 5 Prozent arbeitslos.
Belgien: Nach den Angaben von 143 Arbeitslosenkonten mit 608.250 Mitgliedern waren am 30. April 1927 oder 1,7 Proz. sämtlich und 21,36 oder 3,5 Prozent der Mitglieder teilweise arbeitslos. Die entsprechenden Prozentsätze waren im Vormonat 1,8 und 3,1, Ende April 1926 1,2 und 2.
Dänemark: Nach den Angaben der Gewerkschaften (274.428 Mitglieder) waren Ende April 1927 14,3 Prozent, im Vormonat 1,8 und 3,1, Ende April 1926 1,2 und 2.
Holland: Nach den Angaben der Gewerkschaften (274.428 Mitglieder) waren Ende April 1927 14,3 Prozent, im Vormonat 1,8 und 3,1, Ende April 1926 1,2 und 2.
Österreich: Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in ganz Österreich war Ende Mai 188.332 gegen 181.175 im Vormonat und 154.821 Ende Mai 1926. Außerdem gibt es noch ungefähr 27.000 einsetzende Arbeitslose, die keine Unterstützung beziehen.
Polen: Ende April wurden im ganzen Lande 195.363 Arbeitslose gezählt gegen 208.267 im Vormonat und 303.720 Ende April 1926.
Rußland: Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsnachweisen einsetzenden Arbeitslosen betrug am 1. Mai 1.428.000 gegen 1.455.000 am 1. April und 1.670.900 am 1. Mai 1926. Zurzeit erhalten ungefähr 600.000 dieser Arbeitslosen Unterstützung.
Schweden: Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende April 11.229 gegen 13.508 im Vormonat und 11.329 im April 1926. Nach den Angaben der Arbeitslosenkonten mit insgesamt 227.000 Mitgliedern waren 2,8 Proz. der Mitglieder gänzlich und 3,4 Proz. teilweise arbeitslos.
Schweden: Von 258.333 Mitgliedern der berichtenden Gewerkschaften waren Ende April 31.882 oder 12,3 Proz. arbeitslos gegen 14,1 Proz. im Vormonat und 12,5 Proz. Ende April 1926. Bei einer neu in ganz Schweden durchgeführten Arbeitslosenanzahl wurden insgesamt 60.000 Arbeitslose gezählt.
Tschechoslowakei: Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen einsetzenden Arbeitslosen betrug Ende April 206.200 gegen 22.400 im Vormonat, Ende April 1926 waren 60.098 Arbeitslose vorhanden.
Vereinigte Staaten: Nach dem von Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 1037-Unternehmer in 54 Industrien umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Personen im April etwas abgenommen und betrug 3.071.884 gegen 3.091.878 im März. Die Beschäftigtenzahl im April 1926 betrug 3.091.878 im März und 3.091.878 im April 1926. Die Beschäftigtenzahl im April 1926 betrug 3.091.878 im März und 3.091.878 im April 1926.

Aus der Bewegung

Groß-Berlin

Wie der Kampf des „Internationalen Bundes der Krieger“ gegen drohende Kriegergefahr aussieht und was für eine Bewandnis mit der Überparteilichkeit des Bundes hat, beweist eine am 30. Juni stattgefundene Versammlung der 7. Bezirksgruppe der Kriegergefahr, die von etwa 60-70 Personen besucht war. Referent war der KPD-Absolvent und Schneider in seinen Ausführungen versuchte er den Anwesenden das Märchen von dem ersten Arbeiter-Staat aufzutischen. Ruffland, so führte er an, arbeite am Aufbau des Sozialismus und werde durch den ganzen kapitalistischen Weltmarkt gehindert. Das Vaterland der Arbeiter sei Ruffland, denn dort haben die Arbeiter die Macht in den Händen, und aus diesem Grunde müssen die Arbeiter der ganzen Welt Ruffland verteidigen.
 In der Diskussion widerlegte ein KAP-Genosse die Legende vom ersten Arbeiter-Staat. Solange die Arbeiter nicht die wirtschaftliche und politische Macht hätten — und die besitzen in Ruffland die Kapitalisten und die Kulaken — solange haben die Arbeiter nichts zu verlieren als ihre Ketten, solange diese denn ein Vaterland zu verteidigen. Der Diskussionsredner ging dann noch auf den Verrat der KPD während des Ruhrkrieges ein und zeigte den Arbeitern, daß die Theorie der nationalen Verteidigungskriege bis zur Granatenlieferung an die deutsche Reichswehr führt. Weiter machte der KAP-Genosse die Arbeiter noch mit den Früchten der KPD-Parlamentarierarbeit bekannt, deren glänzende die positiven Vorschläge für den Reichswehretat ist. Zum Schluß forderte der Genosse die Arbeiter auf, sich nicht vor den Kriegswagen der Imperialisten auch nicht der russischen spannen zu lassen und heute schon die organisatorischen Vorbereitungen zu schaffen, die die Gewerkschaften zu verlassen und die Reihen der AAU zu füllen, damit im Falle eines Krieges die Waffen sich gegen die Klasse richten — versetzt in allem die Spitze der Kriegergefahr, die die Arbeiter zu einem neuen Massenmord zwingen wollen. Die Proletarier müssen erkennen, daß bei Kriegsausbruch die Gewerkschaften wie 1914 wieder ihre Vaterländer verteidigen werden.
 Der Eindruck, den diese Worte auf die Versammlung ausübten, mußte natürlich verortet werden und Fieber von der Fischer-Opinion versuchte zu retten, was nicht mehr zu retten war. Seine langen Rede kurzer Sinn war die KAP steht ideologisch bei der SPD, während sagte er: „Na die Führerrolle in der KAP sieht doch so aus, daß jeder sich die Taschen füllt.“ Nachdem man noch einen Vortrag der KAP-Kanone die KAP glaubte erledigt zu haben, ging man dazu über, als man sah, daß die KAP-Genossen sich diesen Schwund nicht wider bieten lassen, kurzerhand die Diskussion abzubrechen. Als man auf diese Art und Weise seine Überparteilichkeit bewiesen zu haben glaubte, versuchte ein der Referent in seinem Schlußwort noch eine Attacke gegen die KAP zu retten. Allen es ward nichts draus. Schneller mußte die Aussage von Ewers auf dem Hamburger Parteitag, daß die Stellung der KPD zum Reichswehretat. Die „Kasperer“ mit

den Ordnungsbesten hemmte er versäumt mit Taktik. Der Referent gestand so auf diese Weise den ganzen Verrat der KPD, ein.
 Diese Versammlung war ein Fiasko der KPD. Die KPD, die es seit ihrer letzten Rufflandkundgebung im September v. J., aus der die Charlotter Arbeiter eine öffentliche Versammlung machten, bei der sich die Rufflanddelegierten eine anständige Abfuhr holten, nicht mehr wagte, vor die Charlotter Arbeiter zu treten, hatte es versucht, unter dem Mantel der Überparteilichkeit des IB, eine verdeckte KPD-Versammlung abzuhalten. Die KPD, die im 7. Bezirk immer noch 450 Mitglieder stark sein will, kann es nicht wagen, eine eigene Versammlung einzuberufen. Der IB, soll es sich gesagt sein lassen: wenn er dieses Spiel so fortsetzt und es duldet, daß seine Versammlungen zum Tummelplatz für die KPD-Boizen mißbraucht werden und es weiterhin versucht, die Proletarier von der Kritik und der Versammlung auszuschließen, dann spannen wir ihm genau denselben Kampf ansatz wie der Granatenspartei. Die Proletarier, die kein Vaterland zu verteidigen haben, werden dann wissen, in welcher Front dieser „überparteiliche“ Bund dann steht.
Cuxhaven
 Am Freitag, den 17. Juni hatte der „Deutsche Verkehrsband“ (Abt. Seelente) eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung „Die Sozialversicherung der Seelente“ einberufen. Der Aufwand von Papier und Druckerzuschüsse war vergeblich. Die seelenteischen Massen blieben aus. Dafür aber war das Bundesvorstandsmitglied W. Voß, Berlin, erschienen. Von der „Sozialversicherung der Seelente“ verriet Voß kein Wort. Die „dicke Luft“ in Cuxhaven und auch wohl der jämmerliche Besuch der Versammlung hatten es ihm angetan. Er mußte verneintliche „Zersplitterter“ erhalten. Das war nicht leicht und so gab Voß einige seiner Lebenserwählungen zum Besten. U. a. erklärte: „Für Versammlungen wie die heutige danke ich. Da bei einem Liter Bier sitzen“ Voß langweilte nicht. Er stammelte einige Drohungen, verlorste dann auf das Schlußwort und trat nach einem „Vortrag“ von 20 Minuten — sichtlich erschöpft ab.
 In der nun folgenden Auseinandersetzung redete ein moralisch verkommenes — von den Gewerkschaften bestochenes Subjekt mit bewies, daß man sich am Gängelband der freigesetzten Auftraggeber nur lächerlich machen kann. Es folgten kritische Hinweise von zwei aufrechten Genossen. Dann meldete sich ein Genosse der AAU, zum Wort. Er schilderte die Ursachen der vorhin erwähnten Versammlung. Einmal wieder wies nach, daß gerade die Gewerkschaften als System alles getan haben, um das Proletariat in Teilnahmslosigkeit und Lethargie zu versetzen. Wenn das deutsche Seeproletariat sich nicht in riesigen Versammlungen in anderen Ländern ansetzen will, muß es endlich auf eigenen Beinen stehen und die ihm im Aufstieg hemmenden Organisationshemmnisse beseitigen. Hier ist die Zerstörung der Gewerkschaften die Voraussetzung für die Schaffung einer proletarischen Kampforganisation. Das Seeproletariat wie das Landproletariat muß sich als Klasse in der proletarischen Kampforganisation vereinen. Die Gewerkschaften sind ein Hindernis für die proletarische Kampforganisation. Die Gewerkschaften sind ein Hindernis für die proletarische Kampforganisation. Die Gewerkschaften sind ein Hindernis für die proletarische Kampforganisation.
 Als der AAU-Genosse die — von Voß ignorierte — Tagesordnung „Die Sozialversicherung der Seelente“ berührte und an der Hand reichlichen Tatsachenmaterials die „Armenvereine“ der gewerkschaftlichen Herauslöser im soz. Arbeitszeitgesetz und dem Versicherungsgesetz der Erwerbslosen aufzeigte, wurde der Referent in der Allgemeinen Arbeiter-Union, die sich nicht in riesigen Versammlungen in anderen Ländern ansetzen will, muß es endlich auf eigenen Beinen stehen und die ihm im Aufstieg hemmenden Organisationshemmnisse beseitigen. Hier ist die Zerstörung der Gewerkschaften die Voraussetzung für die Schaffung einer proletarischen Kampforganisation. Das Seeproletariat wie das Landproletariat muß sich als Klasse in der proletarischen Kampforganisation vereinen. Die Gewerkschaften sind ein Hindernis für die proletarische Kampforganisation. Die Gewerkschaften sind ein Hindernis für die proletarische Kampforganisation. Die Gewerkschaften sind ein Hindernis für die proletarische Kampforganisation.

Hochseefischer AAU, zu organisieren, wurde mit 120 gegen 2 Stimmen angenommen. Der eine noch anwesende Gewerkschaftsbeamte war aus „beruflichen“ Gründen gezwungen, Veto einzulegen. Die andere Stimme kam von einem Rot-Frontkämpfer, der sich diesmal von der Masse isolieren mußte und damit auch sein Leninistatien selbst enthielt. — Die Kundgebung für die Allgemeine Arbeiter-Union, besandete in Versammlung.
Düsseldorf
 Bürzerrückensitzungen der Düsseldorf Schutzpolizei.
 „Dienst ist Dienst“, sagt die KPD.
 Nie ist eine Zeit verstrichen, seitdem das „befreite“ Rheinland von den Severing-Garden neu besetzt wurde. Im dächeln der denkenden Proletarier wird noch die Abfuhr dieser neuen Besatzungstruppen nach dem „befreiten“ Rheinland liegen.
 Vor allem die Zellenbauer können nicht umhin, sich die Szenen zu erinnern. Auch nicht, selbst wenn sie es wollten, nach leninistischer Methode alles herumzudrehen, denn die Berlin-Schupo hat nach dem Rheinland, nicht wahr?
 Die Stalingszenen lähnten damals von dem großen Erfolg der „revolutionären“ Arbeit in der gewerkschaftlich organisierten Schupo. Und Jabel herrschte in den Gehirnen der Kasperle, daß die revolutionierten Fraktionen der Ordnungsbestien nach dem Rheinland kamen. Der Rot-Front-Ruf dieser abfahrenden Berliner Schupo schalte bis nach dem Rheinland.
 Mancher Leichtgläubige konnte damals glauben, „wahrlich, frei nach Eberlein, durch die Arbeit der „Kommunistischen“ Partei eine Aenderung zwischen der Arbeiterschaft und Polizei herbeigeführt worden ist. Aber die Tätigkeit der „Roten Fraktion“ hat jeden eines anderen befehligt, die „rote“ Gummiknüppel ist schon auf manchem Proletarier schädlich niedergesunken. Leider mußte erst kürzlich auch einer Konzeption der sich brüstende Barrikadenkämpfer Scheißle bemerkt sei hier, daß er keine Barrikade gesehen, noch darauf gestanden, sondern 1923 in Hamburg wegen Vergehen gegen das Preßgesetz vor Gericht gestanden hat: „Der rote“ Polizei den Hamburger Aufstand“, bekundend, daß die Arbeiter sich nicht in riesigen Versammlungen in anderen Ländern ansetzen will, muß es endlich auf eigenen Beinen stehen und die ihm im Aufstieg hemmenden Organisationshemmnisse beseitigen. Hier ist die Zerstörung der Gewerkschaften die Voraussetzung für die Schaffung einer proletarischen Kampforganisation. Das Seeproletariat wie das Landproletariat muß sich als Klasse in der proletarischen Kampforganisation vereinen. Die Gewerkschaften sind ein Hindernis für die proletarische Kampforganisation. Die Gewerkschaften sind ein Hindernis für die proletarische Kampforganisation. Die Gewerkschaften sind ein Hindernis für die proletarische Kampforganisation.
 Jeder Lohnsklave, der dem Kapital nach treten Dienste nicht mehr brauchbar erscheint, wird nach dem Motto: „Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“ entlassen. Aber diese Bestien erhalten Pension, niemals ist die Entlassung bei den Henkersknechten in soich krasser Form zutage. Das Klassenbewußte Proletariat hat mit der KPD, hochgepöppelten Polizeibeamten nicht mit, die sie sind und bleiben unsere Feinde. Dies beweist die durch die Notiz der „Allgemeinen Preussischen Polizeiverordnung“ zur Stellung genommen und ihm nach eingehender Beratung der regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, am Sonnabend dürfen nicht mehr als sieben Stunden gearbeitet werden. An Tagen vor hohen Festtagen beträgt die Arbeitszeit 5 Stunden. Die Unternehmer können nach Absprache mit der Gewerkschaft eine Verlangung der Arbeitszeit bis zu 52 Stunden pro Woche anfordern. Darüber hinaus können die Überstunden mit Zustimmung der Betriebsvertretung vereinbart werden. Für diejenigen Arbeitnehmern, die im wesentlichen regelmäßige Arbeitszeiten haben, ist die Frage, ob Überstunden zu leisten sind, im Falle von Festtagen zu entscheiden. Die Überstunden werden zu 20 Prozent Zuschlag gezahlt. Akkorde bleiben unverändert. Der Tarif gilt bis 1. Februar 1928. Von da ab mit monatlicher Kündigungsrück.
 Die Abneigung des Schiedsspruches.
 Tü. Köln, 18. Juli. Die Organisationen der Arbeiter in der Kölner Metallindustrie haben heute morgen in einer Sitzung der Tarifkommission zu dem am Sonntag gefallenen Schiedsspruch Stellung genommen und ihm nach eingehender Beratung der regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, am Sonnabend dürfen nicht mehr als sieben Stunden gearbeitet werden. An Tagen vor hohen Festtagen beträgt die Arbeitszeit 5 Stunden. Die Unternehmer können nach Absprache mit der Gewerkschaft eine Verlangung der Arbeitszeit bis zu 52 Stunden pro Woche anfordern. Darüber hinaus können die Überstunden mit Zustimmung der Betriebsvertretung vereinbart werden. Für diejenigen Arbeitnehmern, die im wesentlichen regelmäßige Arbeitszeiten haben, ist die Frage, ob Überstunden zu leisten sind, im Falle von Festtagen zu entscheiden. Die Überstunden werden zu 20 Prozent Zuschlag gezahlt. Akkorde bleiben unverändert. Der Tarif gilt bis 1. Februar 1928. Von da ab mit monatlicher Kündigungsrück.
 Noch schärfer war die Abneigung der im Schiedsspruch vorgeschriebenen Regelung des Lohnausgleichs. Die Arbeiter erklärten den Streik als „wild“, obwohl die ganze Gewerkschaft der Film- und Kinokapitalisten streiken. Die Streikbrecher beraten sich auf dem Tarifvertrag und sehen die streikenden Arbeitsschleichen als „wilde“ Streiker an. Während die Film- und Kinokapitalisten ankommen, freudig die streikenden Arbeiter begrüßen, die Film- und Kinokapitalisten werden die streikenden Arbeiter als „wilde“ Streiker angesehen. Die Streikbrecher beraten sich auf dem Tarifvertrag und sehen die streikenden Arbeitsschleichen als „wilde“ Streiker an. Während die Film- und Kinokapitalisten ankommen, freudig die streikenden Arbeiter begrüßen, die Film- und Kinokapitalisten werden die streikenden Arbeiter als „wilde“ Streiker angesehen.

Mitteilungen

Reich

Öffentliche Versammlung in Essen.
 Sonntag, den 17. Juli, morgens 9.30 Uhr, im städtischen Nordparksaal. — Thema:
Drohende Kriegergefahr?
 KAPD, AAU, „Entschiedene Linke“
Mitteldesland.
 Sonntag, den 31. Juli, vormittags 8 Uhr, kombinierte Bezirkskonferenz der KAP, AAU, und EL, in Halle, Volkspark-Barrackenstraße.
 Tagesordnung: 1. Politische Lage; 2. Anträge und Diskussion; 3. Referat über die AAU; 4. Verschiedenes.
 Anträge sind bis spätestens 8 Tage vor der Konferenz zu zureichen.
Mersburg.
 Am Dienstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „St. Leipzig“:
Öffentlicher Diskussionsabend. Thema: Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union?
 Pflichtbeitrag Berlin, 160 M., Pflichtbeitrag Reich 57,01 Umlage Berlin a conto 230 Mk., Umlage Reich a conto 14 Mark.
 Sammelstellen Berlin: 7. Bez. Nr. 627 129 M., Sammelstelle Reich: Leipzig Nr. 646 13,00; Halle Nr. 644 3,10; Nr. 645 3,10; Genh. Nr. 661 16,00; Pölla Nr. 2339 9,30; Gernsio Kula 1 Mark; 14. Bez. 1 Mark.
 Postkarten mit Marken: Berlin, 10 M., 2. Bez. 5,40; Entschiedene Linke 3. Bez. Marken 3,00; 7. Bez. Pflichtbeitrag 4,90 Mark.
Groß-Berlin
 3. Unterbezirk (Wedding). Freitag, den 22. Juli, abends 7.30 Uhr: **Mitgliederversammlung** im Lokal Franz Reuser, Kondorier Str. 42. Das Erscheinen aller Genossen Pflicht.
 Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch Berlin Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdona, Berlin O

